

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 20.— Mk., vierteljährlich 60.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Einzelgenpreis: Die 8-spaltige Zeile 5.— Mk., von auswärts 7.— Mk. Arbeitsvertrag u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 8-spaltige Reklameweile 15.— Mk., von auswärts 20.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Danzig 8245. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8280.

Nr. 148

Dienstag, den 27. Juni 1922

13. Jahrgang

Die reaktionäre Mörderclique.

Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei erklärt eine Kundgebung an die Parteimitglieder, in der die Behauptung zurückgewiesen wird, daß die Partei für den Mord verantwortlich sei. In der Erklärung heißt es: Mit Verbrechern und Mordbuben hat die Deutschnationale Volkspartei nichts gemein. Die Kundgebung verlangt von der Regierung, daß sie die Deutschnationale Volkspartei und die in ihr vereinigten deutschen Wähler und Wählerinnen gegen verlogene und habgierige Verleumdungen in Schutz nimmt. An die Freunde der Partei im Lande richtet der Parteivorstand die Aufforderung, völlige Ruhe zu bewahren.

Daß es sich bei diesem nachträglichen Abrücken von der Mörderbande nur um heuchlerisches Verlegenheitsgestammel handelt, zeigt aufs neue die deutschnationale Provinzpresse. Wie diese nach dem Erzbergermord sich offen der Tat freute und die Mörder in Schutz nahm, so ergeht sich die deutschnationale Presse auch jetzt nur in Beschimpfungen der Linksparteien. In der widerlichsten Weise kommt das in der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ zum Ausdruck. Dort ist ein ehemaliger Offizier jetzt als politischer Redakteur tätig. Die Unwissenheit der Offiziere in politischen Dingen war ja schon seit jeher bekannt. Der Offiziersredakteur der „Allgemeinen Zeitung“ beweist aber in seiner Stellungnahme zum Rathenau-Mord, daß diese notorische Unwissenheit noch durch die Arroganz der Offizierskaste übertroffen wird. Dieser deutschnationale Goldschreiber bekommt die Behauptung fertig, daß das Blaufäuleattentat auf Scheidemann von sozialdemokratischer Seite bestellt worden sei. Den an ihren Posten bleibenden republikanischen Ministern sei der Rathenau-Mord willkommen, um die im sogenannten republikanischen Gedanken wankend-werdenden Massen wieder zur Stille zu bringen. Die erlassenen Schutzbestimmungen für die Republik knebeln nach Meinung dieses sauberen Politikers nur die Presse und Versammlungsfreiheit. Aber der nationale Gedanke werde trotzdem nicht aufgehoben werden.

Damit haben die Deutschnationalen wieder einmal bewiesen, daß sich ihre „nationale Betätigung“ nicht im geringsten von dem Verbrechergesinde unterscheidet, denn die Schutzbestimmungen der Republik richten sich nur gegen die Mord- und Gewalttaten der Reaktion. Es ist eine grobe Lüge des deutschnationalen Goldschreibers, daß die Linke auf dem Standpunkt stehe, jedes Verbrechen zu entschuldigen, wenn ihm nur ein politisches Mäntelchen umgehängt werde. Der Schluß der Linksparteien ist in all den heißen Kämpfen der letzten Jahre rein geblieben. Reichskanzler Wirth hat mit Recht im Reichstag darauf hingewiesen, daß in der Revolution keinem bürgerlichen Politiker ein Haar gekrümmt wurde. Den Rechtsparteien aber blieb es vorbehalten, den Mord zum politischen Kampfmittel zu machen. Und sie haben von diesem Schandmittel reichlich Gebrauch gemacht. Liechtenstein, Luxemburg, Eisner, Garreis, Erzberger und Rathenau sind nur erst einige Opfer dieser reaktionären Mörderbande. Die Gesamtzahl der Opfer dieser nationalistischen Mordseuche geht in die Hunderte. Es gehört wirklich eine besondere Unverfrorenheit dazu, sich dann noch in der Öffentlichkeit hinzustellen und zu sagen: Wir waschen unsere Hände in Unschuld.

Schon der Artikel des hiesigen Deutschmonarchisten-Organs straft den Aufruf der deutschnationalen Parteileitung. Der ermordete Rathenau, der sich in selbstloser Weise mit seinem reichen Können für sein deutsches Volk einsetzte (wo wäre die kaiserliche Regierung geblieben, wenn Rathenau nicht 1914 bei Ausbruch des Krieges die Rohstoffversorgung Deutschlands organisiert hätte?), wird auch jetzt noch als „Schädling am Deutschen Reich“ geschmäht. Und man braucht nur die Auslassungen der Ableger der Deutschnationalen verfolgen. Dort wird offen ausgesprochen, was die deutschnationale Parteileitung diplomatisch verschweigen muß. In München prangte Sonntag an dem Bureau der nationalistischen Organisationen ganz offen ein Plakat, auf welchem in großen Lettern zu lesen war:

Rathenau war Außenminister. Leider ist er tot.
Ebert und Scheidemann leben noch!

Kein Sicherheitsorgan fand sich ein, das diese indirekte Aufforderung zum Weitermorden entfernte.

München hat eben einen Polizeipräsidenten, der der Deutschnationalen Partei angehört.

Und unter Zustimmung derselben Offizierskaste, der auch der deutschnationale Goldschreiber der „D. A. Z.“ entsprossen ist, saugen Mannschaften der Reichswehr und des reaktionär-nationalistischen Stahlhelmbundes in letzter Zeit ganz offen folgendes Lied, in dem unverhüllt zum Mord an Rathenau und Wirth aufgefördert wurde:

Du tapferer Held, du schloßt den Gareis nieder,
Du brachtest allen uns Befreiung wieder
Von einem sauberen Sozialhund.
Weiß' nicht in unserer Trauerstund!

Auch Rathenau, der Walter,
Erreicht kein hohes Alter,
Die Rache, die ist nah.
Hurra! Hurra! Hurra!

Laßt uns froh und mutig sein,
Schlagt dem Wirth den Schädel ein!
Lustig, lustig tralleralal,
Bald ist Wilhelm wieder da.

Wenn einst der Kaiser kommen wird,
Schlagen wir zum Krönkel den Wirth,
Anallen die Gewehre tad, tad, tad,
Auf schwarze und aufs rote Pad.

Haut immer feste auf den Wirth,
Haut seinen Schädel, daß es krrrt!
Anallt ab den Walter Rathenau,
Die gottverfluchte Judenau!

Es ist wahrlich die höchste Zeit, daß sich Deutschland von dieser reaktionären Mörderclique befreit. Sie hat das Ansehen des deutschen Volkes vor aller Welt genug geschändet. Und da die Danziger Bevölkerung ein Teil des deutschen Volkes ist und bleibt, ist auch der Danziger Arbeiterkamm und dem anständig denkenden Teil des Bürgertums die Aufgabe für die nächste Zeit gewiesen.

Maßnahmen zum Schutz der Republik.

Im Preussischen Landtage gab Ministerpräsident Brauns dem Abscheu und der Entrüstung Ausdruck über die feige Mordtat, der einer der Besten zum Opfer gefallen ist. Der gegen das Reich gerichtete Schlag traf mit gleicher Wucht die Länder, namentlich Preußen, die auf Gedeih und Verderben mit dem Reich verbunden sind. Dieser Fall zeige besonders, wohin wir gekommen sind. Der Mord an Rathenau sei nur ein Glied in der Kette. Den Rechtsstehenden sei es vorbehalten geblieben, in Deutschland den politischen Mord als politische Waffe einzuführen. Niemals seien Mordtaten durchzuführen, wenn sie nicht durch weitgehende Organisationen gestützt werden. Der Kampf müsse denen gelten, die diese Atmosphäre schaffen. Der Ministerpräsident rief alle, die ein Herz für unser armes Vaterland haben, auf, die Regierung in diesem Kampf zu unterstützen. Er lasse keinen Zweifel auch den ausführenden Organen gegenüber, daß sich diese Maßnahmen lediglich gegen die rechtsstehenden Gruppen richten, die den Mord begünstigen.

Minister des Inneren Severing hob hervor, die Ermordung Rathenaus bedrohe unser Wirtschaftsleben, wie der Kapp-Putsch. Nach dem Mord an Rathenau bestehe keine Aussicht mehr auf das Zustandekommen des Ueberbrückungsabkommens, dessen wir zur Durchführung der Reparationen und zur Sicherstellung des Handels bedürfen. Das sei aber nicht die einzige Gefahr. Versprengte Selbstschutzkolonnen hätten Ruhe und Ordnung berart untergraben, daß Vertreter der sozialdemokratischen Partei beim preussischen Staatsministerium und bei den Reichsstellen vorstellig geworden seien, den Ausnahmezustand über Oberösterreich zu verhängen. Die Ausführungsbestimmungen sind heute früh schon an die Oberpräsidenten weitergegeben worden. Die Provinzialbehörden konnten nicht im Zweifel sein, daß diese Maßnahme nur gegen rechtsradikale Stellen anzuwenden sind. Bei der preussischen Staatsregierung habe es nicht der Anregung bedurft, den rechtsgerichteten Kreisen die Aufmerksamkeit der Polizei zu widmen. Die Verordnung werde nicht auf dem Papier stehen bleiben. Der Kampf gehe gegen jenen Wahnsinn, gegen jenen Verbrecher, der sich mit parteipolitischen Etikette schmücke.

Severing wandte sich dann den Kommunisten zu: Wenn Sie uns unterstützen wollen, so dürfen Sie uns

nicht mit Zweifel und Mißtrauen kommen. Die Republik ist in ihrem Bestand gesichert, wenn wir alle zusammenstehen.

Die Trauerfeier für Rathenau.

Die Totenfeier für Minister Dr. Rathenau wird heute mittag 12 Uhr im Sitzungssaal des Reichstages stattfinden. Am Sarge des Ministers werden der Reichspräsident Ebert, ein Vertreter des Plenums des Reichstages und ein Vertreter der Demokratischen Fraktion sprechen. Auf Wunsch der Familie wird von allen weiteren Feierlichkeiten abgesehen. Nach Abschluß der Feier im Reichstag wird der Sarg sofort nach Meberschöneweide zum Erdbegräbnis gebracht werden, wo die Beisetzung im engsten Familienkreise erfolgen wird.

Auf Beschluß der Gewerkschaften finden heute im ganzen Reich Demonstrationen für die Republik statt. Ueber die heute vorgesehene Arbeitsruhe ist zu melden: Am 12 Uhr mittags beginnt die Arbeitsruhe und wird einen halben Tag dauern. Am Mittwoch früh wird überall die Arbeit wieder aufgenommen. Die Notstandsarbeiten werden verrichtet.

Wegen der am Dienstag, den 27. Juni 12 Uhr mittags stattfindenden Trauerfeier für den ermordeten Minister Rathenau wird zur ausdrücklichen Bekundung der Anteilnahme der Reichsbahn von 12 Uhr mittags auf 5 Minuten der gesamte Zugverkehr auf Stationen und Strecken still stehen. Auch wird in dieser Zeit der ganze Post-, Telegraphen- und Fernsprecheverkehr ruhen. Der preussische Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung hat angeordnet, daß am Tage der Beisetzung des Reichsministers Dr. Rathenau oder an einem der folgenden Tage in sämtlichen Schulen Preußens kurze würdige Trauerfeiern veranstaltet werden.

Beileidskundgebungen des Auslandes.

Lord George hat dem Reichskanzler eine Trauerbotschaft übersandt, in der er sein tiefstes Bedauern über den Tod Dr. Rathenaus und seinen Abscheu vor dem entsetzlichen Verbrechen ausdrückt, durch welches das deutsche Volk eines seiner ausgezeichnetesten Vertreter beraubt worden ist. Ferner gingen dem Reichskanzler Beileidstelegramme vom italienischen Ministerpräsidenten Facta, dem italienischen Minister des Meeres Schanzer und dem rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu zu.

Die nächsten Arbeiten des Reichstages.

Der Vorkostenrat des Reichstages hat beschlossen, daß in dieser Woche noch am Mittwoch, Freitag und Sonnabend Plenarsitzungen stattfinden. Das Gesetz zum Schutze der Republik und das Amnestiegesetz sollen erledigt werden. Dann wird eine Pause von etwa 8 Tagen eintreten. Danach werden die drei Steuererfassungsgesetze, Zwangsanleihe, Änderung des Einkommensteuergesetzes und das Erbschaftsteuererfassungsgesetz zur Beratung gelangen.

Die monarchistische Hege in Bayern.

Die unter monarchistischer Mitwirkung von Reichswehr-Polizei und Beamten unentwegt fortgeführte monarchistische Hege in Bayern hat die bayerische Sozialdemokratie zu neuen Warnrufen veranlaßt. In Passau hatte die Reichswehr anläßlich des Garnisonfestes dem bayerischen Kronprinzen eine Ehrenwache gestellt. In Bad Kissingen hatten die Unteroffiziere des Reichswehrritterregiments Nr. 17 zu Ehren des Prinzen Alfons eine Parade in Paradeuniform des alten Regiments geritten. Die „Bayerische Staatszeitung“ veröffentlicht fast täglich Berichte über die Privatreisen Württemberg-Prinzen zu Jagden, Dinern und Regimentsfeiern.

Auf der anderen Seite wird in Versammlungen und auch in der Presse zum Kampf gegen die Republik und deren Repräsentanten aufgerufen. Der „Miesbacher Anzeiger“ widmet dem Reichspräsidenten anläßlich seines Münchener Besuchs einen Nachruf, indem er unter Heranziehung eines Vergleichs zwischen dem Besuch des Genossen Ebert und dem Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand in Sarajewo, bei dem dieser bekanntlich ermordet wurde, mit wenig verhüllten Worten zur Gewalttat gegen den „Berliner Reichsvogel“ auffordert. In einer zum Protest gegen die schwarze Schmach einberufenen Massenversammlung war ebenfalls von einem Teilnehmer zum Mord an dem Genossen Ebert aufgerufen worden. Die Demonstranten der Versammlungen waren unter Abhängung nationalistischer Plakate zum Hotel der Entente-Kommission gezogen. Wie die „Münchener Post“ mitteilt, forderte die Sippe selbst zum Totschlag an den Ententeoffizieren auf und tat alles, um einen Gewaltakt zu begünstigen. Die „Augsburger Abendzeitung“ verhält sich in ähnlichem Sinne.

